

Fraktion Pro Köln  
in der der Bezirksvertretung Ehrenfeld

**Aktuelle Stunde gemäß GO. des Rates und der Bezirksvertretungen der  
Stadt Köln – Antrag vom 12.04.2008**

**Radikaler Islam in Ehrenfeld und Schutz der Bevölkerung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Sehr geehrter Herr Bezirksvorsteher,

aus gegebenem Anlass stellen wir den Antrag auf Durchführung einer aktuellen Stunde in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld (4) am Montag, den 14.04. 2008 17.00 Uhr zum Thema: **Radikaler Islam in Ehrenfeld, und die Gefahr für die Bevölkerung und die Stadt Köln.**

Um dass Erscheinen von:

- Herrn Oberbürgermeister Schramma,
- Herrn Polizeipräsident Steffenhagen

wird höflich gebeten.

Ordnungsamt, Jugendamt, Liegenschaftsamt, Landesjugendamt Bundes- und Landesinnenministerium, Landes- und Bundesamt für Verfassungsschutz sowie alle weiteren zuständigen Behörden sind einzuladen.

## **Begründung:**

Seit Jahren häufen sich die Beschwerden und Klagen aus der Bevölkerung über viele negativen Auswirkungen einer zunehmenden Islamisierung und einer wachsenden feindlichen Einstellung vieler Ausländer insb. Gegenüber Christen und jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern.

Offensichtlich bestehen alleine in unserem Stadtbezirk mehr als 20 bis 40 islamische Moscheen und islamische Vereine, teilweise mit eindeutig extremer fundamentalistischer und nationalistischer Ausrichtung.

Die davor berechtigte Angst und der Argwohn der einheimischen Bevölkerung wachsen spürbar. Immer häufiger sind stark verschleierte Frauen, teilweise sogar in der berüchtigten Burka auf unseren Straßen zu sehen sowie Männern mit offener Talibanähnlichen Kleidung – ein eindeutiger Ausdruck für eine radikal-islamische und damit antidemokratischer und verfassungsfeindlicher Einstellung.

Immer häufiger werden viele Menschen in Ehrenfeld mit Sprüchen konfrontiert, wie z.B.:

„Deutschland den Türken“

„Deutsche haut ab, hier ist türkisches Gebiet!“

Diese Aussagen sind verbürgt, ebenso ein fortwährendes Spießrutenlaufen, dem sich sowohl Frauen mit christlicher oder muslimischer Konfession aussetzen müssen, die sich ohne Kopftuch, oder wohl noch besser: Totalvermummung, auf der Strasse bewegen.

Die zunehmende Gefährlichkeit von Jugendgangs mit Migrationshintergrund ist ein trauriges aber bislang verschwiegenes Alltagsphänomen. Die schlimmen Aggressionen von muslimisch geprägten Schülergangs sind dabei nicht mehr hinnehmbar. Es trifft nicht nur Deutsche, wie es der neulich bekannt gewordene Fall eines Schülers griechischer Herkunft zeigt: an einer Ehrenfelder Hauptschule wurde der Junge aufgefordert, sein kleines Halskettchen mit dem christlichen Kreuz abzulegen. Als dieser sich weigerte wurde es ihm brutal abgerissen und demonstrativ zu Boden geworfen. Dabei wurde er beschimpft. „Du scheiß Kreuzverehrer“ war dabei noch einer der harmloseren Sprüche die bei diesem Überfall fielen.

Ist es nicht nachvollziehbar, wenn die Betroffenen dies als gezielten Verdrängungsprozess erleben? Von der Politik konnten betroffene Mitbürgerinnen und Mitbürger bislang von keiner Seite Hilfe erwarten. Das politische Alltagsleben wollte solche Formen der Ausgrenzung nicht wahrhaben. Die Praxis lehrt jedoch etwas anders!

Der Wegzug vieler Familien in andere Stadtteile – einzig aus dem Grund, ihren Kindern den Gang in eine von überwiegend durch Migrantenkinder bestimmte Schule zu ersparen ist obligatorisch. Klassen mit überwiegend türkischen

Schülerinnen und Schülern sind bereits seit Jahren keine Ausnahme sondern ein gern verschwiegenes aber zunehmendes Problem.

Die aktuelle Presseberichterstattung (s. Ksta vom 12.4.08) zeigt dabei wohl nur einen Teil jener Hintergründe der beschriebenen gesellschaftlichen Negativentwicklungen in unserem Stadtbezirk.

Es ist jetzt gezieltes und massives Handeln aller staatlichen Kräfte gefragt.

Die aktuelle Stunde kann nur ein erster politischer Schritt sein. Die Bürgerin und der Bürger wollen endlich spüren dass in den Parlamenten auch über diese Problematiken gesprochen und nach Lösungen gesucht wird.

Zu klären ist:

- Wie kann sicher gestellt werden dass radikalislamische Vereinigungen voll umfänglich überwacht werden?
- Wie kann die Bevölkerung vor gezielter religiöser und ethnisch motivierter Gewalt geschützt werden?
- Wie kann Migrantengewalt, insb. durch Jugendgangs endlich mit Erfolg bekämpft werden?
- Welche Maßnahmen müssen ergriffen werden um eine zunehmende Separation türkischer Bevölkerungsteile wirkungsvoll begegnen zu können?

- Wie kann ein von interessierten Gruppen strategisch bedingter Liegenschafts Kauf mit dem Ziel der Bildung nationaethnischer Enklaven wirksam unterbunden werden.
- Welche personellen Querverbindungen bestehen zwischen DITIB und VIKZ, Grauen Wölfen und anderen türkischen Nationalisten.
- Welche illegalen Geldmittel fließen in die Finanzierung von Europas größter Moschee in Ehrenfeld ein?
- Sind bei Fertigstellung dieser Großmoschee ähnliche radikal islamistische Entwicklungen möglich wie in den Moscheen des VIKZ?
- Bestärkt die ostentativ orientalische Bauweise türkische Nationalisten und Islamisten in Ehrenfeld und Köln?
- Ist es beabsichtigt, die Bereitschaftspolizei in der Pi.4 zu verstärken?
- Wäre es derzeit nicht sinnvoll, die Planungen zur Großmoschee auch im Sinne der türkischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auszusetzen?

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Uckermann

Fraktionsvorsitzender